

Betreff:

Änderung der Abflugrouten am Frankfurter Flughafen

Antragstext:

Antrag der CDU-Fraktion

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, umfassend über die ihm zur Kenntnis gegebenen Informationen zur Änderung des Betriebskonzepts zur Abwicklung von Starts und Landungen am Frankfurter Flughafen zu berichten und seinen Einfluss auf das Genehmigungsverfahren dahingehend geltend zu machen, dass die Auswirkungen auf die östlichen Vororte geringstmöglich ausfallen und dass sich die Flieger an der A3 orientieren und nicht über besiedeltes Gebiet fliegen sollen.

Begründung:

Wie in der Presseberichterstattung des Wiesbadener Kuriers (<https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/suedhessen/raport-aendert-abflugrouten-am-frankfurter-flughafen-4678337>) zu entnehmen ist, plant die Fraport AG gemeinsam mit der Deutschen Flugsicherung (DFS) eine Änderung des Betriebskonzepts zur Abwicklung von Starts und Landungen am Frankfurter Flughafen. Konkret soll dies lt.

Berichterstattung zur Folge haben, dass mehr Flugzeuge nach dem Abheben in Richtung Nordwesten abdrehen sollen. Dagegen sollen weniger Jets die Südumfliegung nutzen. Besonders große - und damit auch lautere - Maschinen, sogenannte Heavies, sollen allerdings in verkehrsarmen Zeiten verstärkt über die Südumfliegung geschickt werden.

Sprecher von Fraport und DFS räumen lt. des Presseberichts ein, dass „Mainz und östliche Vorstädte von Wiesbaden häufiger überflogen“ würden. Doch sei die Lärmbelastung dort nicht so hoch, weil die Flieger bereits größere Höhen erreicht hätten und viele Heavies andere Routen flögen. Vertreter der betroffenen Kommunen wurden am heutigen Tage über die geplanten Änderungen informiert.

Derzeit werden ca. 10 % der Abflüge über die Nordwest-Routen Oboka (früher Masir-F/G) sowie Marun/Tobak-F und -G (früher Tabum-F bzw. -G) geführt. Im neuen Konzept sollen dies ca. 25 % der Abflüge sein. Die Mehrzahl dieser Nordwest-Abflüge solle über die Route Marun/Tobak-F geführt werden, was eine Verdoppelung des Flugverkehrs in dieser Region darstellen kann. Das Genehmigungsverfahren werde sich über mehrere Jahre hinziehen, ein Enddatum könne noch nicht genannt werden.

Wiesbaden, 12.06.2025